

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
Vorworte des Bürgermeisters und des Autors	4
Straßen, Gassen und Wege vor der Dorferneuerung	7
Ortsansichten in Schwarz und Weiß	9
Stebbach - Name des Dorfes oder Name des Baches	35
Beschreibung des Dorfes Stebbach 1957 und 1960	36
Ortsansichten in Farbe vor Beginn der Dorferneuerung	39
Flurbereinigung, Aussiedlung und Ortssanierung – die Dorferneuerung Stebbachs	80
Die Zugehörigkeit Stebbachs	92
Ortsansichten in Farbe während der Dorferneuerung	93
Die Eingemeindung des Dorfes Stebbach nach Gemmingen	116
Stebbach nach der Dorferneuerung und Eingemeindung	129
Erhalten gebliebene Gebäude	131
Literaturangaben, Quellen, Foto- und Abbildungsverzeichnis	146



Die Altane (erbaut 1752 ... 'hinten im Dorf' Nr. 83) war das erste während der Ortssanierung abgebrochene Gebäude (März 1962). Das Bauwerk besaß eine Besonderheit, die ihm seinen Namen gab, denn eine ins Freie führende, auf Stützen ruhende Holzplattform (=Altane) umgab das obere Stockwerk an zwei Seiten. Mehrere Familien bewohnten das einst imposante, dann aber arg heruntergekommene Gebäude. Heute befindet sich hier die Einfahrt von der Hauptstraße in die Oststraße.  
(Foto© Landesmedienzentrum Baden-Württemberg / Rudolf Moser)



Bauernhof (1752) gegenüber der Altane, früher Hauptstraße 76,  
heute Oststraße 2.



Rückseite der Altane, früher Hauptstraße 83,  
heute Einfahrt in die Oststraße

(beide Fotos © Landesmedienzentrum Baden-Württemberg / Rudolf Moser)



Wohnhaus (1763... 'oben am Berg' Nr. 98, heute Hauptstraße 31/ Bergweg). Vermutlich lebten Benedikt und Sara Kahn Ende des 18. Jahrhunderts in diesem Haus. Ihr Sohn Michael gründete im Jahre 1826 in der heutigen Schulstraße / Silcherstraße die erste badische Bettfedernfabrik. Das Geschäftsmodell war so erfolgreich, dass der Handel mit vorsortierten und gereinigten Daunnen und Federn deutschlandweit florierte und sogar ins europäische Ausland ausgeweitet werden konnte. Das Rohmaterial lieferten zunächst die Gänse von Bauern aus der Region, doch wegen des steigenden Bedarfs mussten bald zusätzliche Bezugsquellen in Ungarn, Russland und China erschlossen werden. (weiter S. 20)



Beim Kastanienbaum, rechts ein Bauernhof, Hauptstraße 102. Heute befindet sich hier die Stützmauer unterhalb des Bergwegs.



Hauptstraße, Einfahrt zum Bergweg

beide Fotos rechts SWR Abendschau



Rohrverlegearbeiten, 1950er-Jahre,  
Hauptstraße unterhalb des Bergwegs



Bauernhof (1787), früher Hauptstraße 104 'beim Kastanienbaum'.  
Seine beeindruckende Größe machte den Kastanienbaum zu einem ortsbildprägenden  
Element in Stebbach. Am Ende der Ortssanierung wurde er dennoch gefällt. Heute ist  
die Stelle gegenüber dem Dolplatz unterhalb des Bergwegs nicht bebaut.  
(Foto © Landesmedienzentrum Baden-Württemberg / Rudolf Moser)

Gebäude (1805, ... 'unten im Dorf'), einst ein Gemischtwarenladen,  
dahinter der mächtige Kastanienbaum, davor die steinerne Brücke  
über den Stebbach, früher Hauptstraße 106, heute Grünanlage an  
der Hauptstraße gegenüber dem Dolplatz und nicht bebaut.

## Beschreibung des Dorfes Stebbach 1957 und 1960

### **Lage und Naturlausstattung**

Stebbach liegt im Talgrund eines Baches auf etwa 210 m Höhe über NN, Jahresniederschläge etwa 670 mm, jährliche Durchschnittstemperatur 9° bis 10°C. Der Boden besteht meist aus Lößlehm, Keuper oder Muschelkalk, vorwiegend ist er tiefgründig. Die Bodengüte liegt etwa bei 60 (bester Boden 100).

Die Gemarkung ist langgestreckt 3,5 km x 1,5 km, hat bis 40 m Höhenunterschiede und bis zu 8% Steigung. Die Gemarkungsfläche beträgt 795 Hektar. 652 Hektar werden landwirtschaftlich genutzt, davon 89% als Acker- und 11% als Grünland. Die natürlichen Verhältnisse lassen den Anbau von Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, Tabak und anderen Sonderkulturen zu.

### **Entwicklung der Landwirtschaft**

Der gute Boden gestattete jahrhundertlang ein Existenzminimum auch kleiner Betriebe bei einfachstem Lebensstandard. Die Auswirkungen insbesondere der ständig geübten Realteilung führten dazu, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen von den knapp 700 Einwohnern [Stand 1960] immer weniger und mit stark sinkender Tendenz von der Landwirtschaft leben können.

Ebenfalls nachteilig auf die Bewirtschaftung der Felder wirkt sich der umständliche Zugang zu vielen Flurstücken aus, der nur durch Überfahren anderer Grundstücke möglich ist. Die Zersplitterung ist so groß, dass Betriebe von 8 - 10 Hektar z.B. aus bis zu 45 Einzelstücken bestehen; die Durchschnittsgröße der Parzelle liegt bei 14 Ar. Die Höfe sind im Dorf zusammengedrängt - durch die Realteilung oft im Besitz mehrerer Familien und größtenteils nicht weiter ausbaufähig. Daraus resultieren erhebliche betriebswirtschaftliche Erschwernisse.

### **Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft**

Neben den in der Landwirtschaft tätigen Personen waren 1960 in der Industrie und im Handwerk 87 Personen, in Handel und Verkehr 56 Personen beschäftigt. Im Ort waren als Gewerbetreibende ansässig: zwei Gastwirte, zwei Einzelhandelsgeschäfte, eine Bäckerei, ein Gipser- und ein Elektrogeschäft, ein Steinwerk- und ein Gartenbaubetrieb.

### **Äußere Verkehrslage**

Im Durchgangsraum zwischen den Ballungsräumen am Oberrhein und mittleren Neckar liegt Stebbach verkehrsgünstig an der Bundesstraße 293 (Karlsruhe - Heilbronn).

Bei einer Verkehrszählung 1960 wurden 1267 Kraftfahrzeuge gezählt, davon 866 PKWs und 401 LKWs, die auf der B 293 durch den Ort fahren; dazu kamen 111 Kraftfahrzeuge, die die Landesstraße zwischen Richen und Stebbach nutzten.

Das sehr hohe Verkehrsaufkommen trifft auf sehr ungünstige Verkehrsverhältnisse, denn die B 293 führt in engen und kurvenreichen Windungen mit starkem Gefälle, teilweise ohne Sichtwinkel, mitten durch den Ort.

An der B 293 liegen sowohl Schule als auch der Kindergarten [Anmerkung: damals am Ortsausgang nach Gemmingen]. Der Weg von und zur Schule bzw. von und zum Kindergarten entlang der verkehrsreichen Bundesstraße, teilweise ohne Gehweg, ist für die Kinder lebensgefährlich. Der Schulbetrieb ist durch die andauernde Lärmbelästigung der vorbeifahrenden Fahrzeuge stark beeinträchtigt.

Aufgrund der gegebenen Verhältnisse kann ein Um-, Aus- oder Neubau der Bundesstraße innerorts nicht befriedigend gelöst werden. Die Straßenbaubehörde hat deshalb eine Umgehungsstraße vorgesehen.

### **Zustand der Gebäude 1960**

Die vorhandenen Wohngebäude im alten Ortskern sind im Erdgeschoss überwiegend in Bruchsandsteinen, im Obergeschoss in Fachwerk erstellt. In den meisten alten Gebäuden sind Wohnteil und Stall unter einem Dach untergebracht.

Im Laufe der Jahre wurden die Gebäude durch die Ausdünstungen der Tiere stark durchfeuchtet. So entstanden ungesunde Wohnbedingungen. Außerdem fehlte an den Häusern eine Isolierung gegen die aufsteigende Erdfeuchtigkeit. Dadurch verschlechterte sich der Gebäudezustand, so dass eine Instandsetzung aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr empfohlen werden kann.

Der größte Teil der Wohngebäude hatte das normale Lebensalter ohnehin überschritten. Von den 1960 bestehenden 137 Wohngebäuden waren 40 in gutem Zustand, 47 noch brauchbar und 50 schlecht oder sogar baufällig. Der Zustand der vorhandenen Wohnungen war allgemein schlecht. Viele hatten zu niedrige Geschosshöhen, eine schlechte Raumeinteilung, und es herrschten unzureichende hygienische Verhältnisse. Von den insgesamt 137 Wohngebäuden hatten 87 kein WC, 89 weder Dusche noch Bad und kein einziges eine Zentralheizung.

„Die Hofenge und die daraus resultierende Raumnot führten schon früher zu unhygienischen Lösungen. Darunter ist an erster Stelle die für Süddeutschland so typische Dungstätte an der Straßenfront vor dem Küchen- oder Stubenfenster zu nennen. Sie trägt keinesfalls zur Verschönerung des Dorfbildes bei. Ihre 'Düfte' vermögen in warmen Jahreszeiten wohl die 'Landluft' zu prägen, jedoch nicht zu verbessern. Und bei niederschlagsreicher Witterung von ihr ausgehende dunkelbraune Rinnsale runden das Bild nur im negativen Sinne ab.

Eine zweite, wenn auch nicht so stark vertretene Folge der Raumnot verkörpert das 'Häuschen mit Herzchen' vor dem Wohnhaus, so halb auf der Straße. Diese beiden Anachronismen, ferner der auf die Straße dringende Geruch aus Stall und Gärfutterbehälter und der durch die Mechanisierung der Hofarbeiten wachsende Lärm veranlassen unsere an gehobene Verhältnisse gewöhnten Nasen und Ohren zu Protesten. Diese empfindlichen Organe überzeugen uns leicht von der Notwendigkeit der Hofaussiedelung.“

(Dr. E. Bakonyi)



Stebbach 1960, Hofstelle im Grünen Winkel  
(© Landesmedienzentrum Baden-Württemberg / Rudolf Moser)

## Fazit (1960)

Rund 40% der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland wohnen in Gemeinden unter 5.000 Einwohnern. Gemessen an der Versorgung mit kommunalen Einrichtungen sind sie gegenüber der Bevölkerung in den Städten im Nachteil. ... Mit ihrer Wirtschaftskraft, ihrem Baubestand, den Verkehrsverhältnissen und ihren sozialen Einrichtungen sind sie weit zurückgeblieben und können aus eigener Kraft nur geringe Investitionen vornehmen. Die Kosten für die Maßnahmen einer Dorferneuerung sind so erheblich, dass sie die Finanzkraft der Gemeinde weit überfordern.

Am Modellfall Stebbach soll deshalb untersucht werden, welche Probleme bei einer solchen Dorferneuerung auftreten, welche Schwierigkeiten zu erwarten sind und mit welchen Kosten zu rechnen ist. Da Stebbach zu den leistungsschwachen Gemeinden zählt ist die Durchführung der Maßnahmen ohne fremde Hilfe nicht möglich.

Eine städtebauliche Lösung kann ohnehin nur erreicht werden, wenn es gelingt, die zu dichte Bebauung im Ort aufzulockern. Vorgesehen ist daher, den größten Teil der baulich schlechten und baufälligen Gebäude im Ortsbereich abzutragen und anschließend die gesamten Grundstücke zu neuen, brauchbaren Bauplätzen umzulegen.

[Durch die Maßnahmen der Dorferneuerung...] ...soll eine reizvolle Gesamterscheinung der Ortschaft entstehen, die in ihren Grundzügen trotz der vorgesehenen großen Eingriffe nicht ihr Gesicht verlieren darf.

Das Ziel ist daher, einen harmonischen Zusammenklang zwischen Alt und Neu zu erreichen. Es ist außerdem vorgesehen, zentral einen Ortsmittelpunkt zu erstellen. Der vorgesehene Platz soll zwischen der Hauptstraße (heute Schulstraße) und der Kirchgasse liegen und für das Dorfbild ein Glanzstück sein.

(Quellen: Hermann Priebe, Wirtschaftliche Auswirkungen...der Flurbereinigung / Gottfried Pfaff, Dorferneuerung Stebbach / Dr. E. Bakonyi, Hofaussiedelung als Teil der Dorferneuerung (siehe Anmerkungen 1-3, S. 146)



Stebbach vor der Dorferneuerung, Luftbild 1959 (© Landesmedienzentrum Baden-Württemberg / Albrecht Brugger)

## Zurück zur Dorfmitte ...



Stettener Straße, heute Dorfplatz. Rechts zwei Wohngebäude Nr. 23a und 23b (Zugang von der Hauptstraße), dann ein Bauernhof Nr. 24, dann das einstige Gasthaus zum Adler Nr. 25 und noch vor der Kirchgasse die Gemischtwarenhandlung Schlauch Nr. 26. Links das Rathaus (1808/1812, Nr. 49), dann das einstige Gasthaus zum Ochsen Nr. 48 und das Pfarrhaus Nr. 45, dazwischen zurückgesetzt ein Wohnhaus und das Gasthaus zum Löwen. Heute reicht die linke Häuserzeile Dorfplatz 1 - 4 vom Rathaus/Verwaltungsstelle bis zur Pizzeria Lindenhof. Die Gebäude Dorfplatz 5 - 8 liegen hinter der rechten Häuserzeile. Dazwischen befindet sich die zum Teil als Grünbereich angelegte Dorfmitte.



Stettener Straße. Ehemalige Degenfeld-Schonburg'sche Kelter (1808/1812). Oberes Stockwerk von 1835 bis 1846 als Schulsaal genutzt. Seit 1857 bis zum Abbruch Rathaus und Sitz des Bürgermeisteramts. Heute befindet sich hier das 1969/70 erbaute neue Rathaus, seit 1974 Verwaltungsstelle Stebbach, Dorfplatz 1.



Stettener Straße, heute Dorfplatz. Rechts das Gasthaus zum Löwen, das einstige Gasthaus zum Ochsen und das alte Rathaus, dann die Hauptstraße mit dem historischen Rathaus und dem Gasthaus zum Rössle, links ein Bauernhof, einst das Gasthaus zum Adler, dann ein weiterer Bauernhof und zwei Wohnhäuser mit Zugang von der Hauptstraße.



Das evangelische Pfarrhaus. Hier am Pfarrrank unterhalb der Kirche traf die Hintere Straße auf die Stettener Straße, heute Dorfplatz / Kelterberg.



Stettener Straße, heute Kelterberg - müsste eigentlich Kelterbergweg heißen, denn der Kelterberg ist die Anhöhe jenseits der Umgehungsstraße. Die Stettener Straße teilte sich vor dem Gewinn Zeil in den Stettener Weg und den Eppinger Weg. Am Ende des Gewannes zweigte vom Eppinger Weg geradeaus nach Süden der Niederhöfer Weg ab. Die ‚Tiefe Hohl‘ bildete den letzten Abschnitt des Eppinger Weges auf Stebbacher Gemarkung. Beim Bau der Umgehungsstraße 1967/68 wurde die ‚Tiefe Hohl‘ zugeschüttet und eingeebnet. Dort verläuft heute ein Teilstück der B 293.

## Die Eingemeindung des Dorfes Stebbach nach Gemmingen

### Mit der Kreisreform begann die Verwaltungsreform

Nach der Landtagswahl 1968 setzten die beiden schon seit 1966 in Baden-Württemberg gemeinsam regierenden Parteien CDU und SPD ihr Regierungsbündnis fort und bildeten im Stuttgarter Landtag erneut eine Große Koalition, die sich auf mehr als zwei Drittel aller Abgeordneten stützen konnte.

So fragwürdig solche Großen Koalitionen in einer Demokratie auch sind, bieten sie doch die Möglichkeit, Gesetzesvorhaben, die einschneidende Veränderungen im alltäglichen Leben der Bürgerinnen und Bürger mit sich bringen, mit breiter Zustimmung des Landtages verabschieden zu können.

Die neugebildete Regierung setzte sich zum Ziel, eine Gebiets- und Verwaltungsreform durchzuführen, um die Verwaltungsstruktur des Landes zu modernisieren und sie den wachsenden Erfordernissen der Zukunft anzupassen. Die Verbesserung der Kooperation der Kreise mit den Landesbehörden einerseits und den Gemeinden andererseits sah man als eine der drängenden Aufgaben der Zeit, die es „zum Zwecke der Gewinnung einer größeren Leistungsfähigkeit in der Zukunft und zur Einebnung des Gefälles zwischen Stadt und Land“<sup>1</sup> nötigenfalls per Gesetz zu erzwingen galt.

Am 20. November 1969 äußerte sich der damalige Ministerpräsident Hans Filbinger vor der Landespressekonferenz zur geplanten Verwaltungsreform, in der es um mehr unmittelbare Demokratie und mehr bürgerschaftliche Initiative gehe, die in einer moderneren Selbstverwaltung zu organisieren sei. „Um die Wende zum Jahre 1970 erschien dann ein Denkmodell des Innenministeriums, eine umfangreiche Schrift, von der zunächst noch niemand wußte, wie weit sie sich die Regierung zu eigen machen würde. Die darin vertretenen Auffassungen waren so neuartig, daß weder Landtag noch Öffentlichkeit, am wenigsten die davon betroffenen Kommunen an seine Verwirklichung glauben konnten.“<sup>2</sup>

Nachdem sich bei der Volksabstimmung am 7. Juni 1970 eine breite Mehrheit für den Verbleib des Landesteils Baden im 1952 entstandenen Bundesland Baden-Württemberg ausgesprochen hatte, konnte die Landesregierung aktiv werden. Am 16. September 1970 nannte Ministerpräsident Hans Filbinger in einer Regierungserklärung die Eckpunkte der Verwaltungsreform:

1. Gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land
2. Stärkung der Selbstverwaltung
3. Dynamisierung der Landesverwaltung
4. Bürgernähe.

Die Absicht der Reform wurde im Wesentlichen mit einer als notwendig erachteten Rationalisierung der Verwaltung zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben nach dem Vorbild der Wirtschaft begründet. „Nur eine modern organisierte Verwaltung gewährleiste, daß die [Finanz-]mittel so eingesetzt würden, wie es der Bevölkerung am besten diene.“<sup>3</sup>

An der Verbindungsstelle zwischen Staats- und Gemeindeverwaltung, den Landkreisverwaltungen, setzte man in einer ersten Stufe der Verwaltungsreform den Hebel an. Durch eine Konzentrierung versprach man sich eine Effektivierung der Verwaltungsabläufe.

Ebenso plante die Landesregierung, Aufgaben, die auch auf einer unteren Verwaltungsebene erledigt werden könnten, zu verlagern, um Landesbehörden zu entlasten und gleichzeitig die Selbstverwaltung und die Bürgernähe zu stärken. In einer Kreisreform sollten die bestehenden 63 Landkreise auf 22, später korrigiert auf 35 Landkreise und 9 Stadtkreise, zusammengefasst werden. Alle kleineren Landkreise sollten aufgelöst werden, so auch der Landkreis Sinsheim, dem Stebbach und Gemmingen und mit Ausnahme von Kleingartach alle anderen Gemeinden des späteren Eppinger Verwaltungsraums angehörten.

Bei den ersten Diskussionen über die geplante Auflösung des Landkreises Sinsheim lehnten alle politischen Gruppierungen im Kreistag das Modell der Landesregierung ab. Der Gesetzesvorschlag über ein Kreisreformgesetz wurde in völliger Übereinstimmung mit den Gemeinden ebenfalls missbilligt. Vorausschauend beschäftigte man sich aber schon mit der Zuteilung der Gemeinden zu den größeren Kreisen, falls der Landtag dem Gesetz zustimmen sollte.

Bereits am 4. Dezember 1969, nur wenige Tage nach Bekanntwerden des Denkmodells, wandte sich der Eppinger Bürgermeister Rüdiger Peuckert in einem Schreiben an die Bürgermeister des Raumes Eppingen, um seinen Standpunkt darzulegen:

„Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß der Landkreis Sinsheim erhalten bleiben sollte. Der Landkreis Sinsheim hat durch seine Einrichtungen, seine Verkehrssituation, die Einwohnerzahl und die Wirtschaftsstruktur eine Berechtigung auf weitere Existenz. ... Darüber hinaus müssen wir uns aber trotzdem mit dem Denkmodell des Innenministeriums beschäftigen, weil es nicht richtig wäre, den Kopf in den Sand zu stecken und die Dinge, die um uns herum vorgehen, zu ignorieren. ...

Wenn sich die Kreisreform trotz großer Widerstände nicht aufhalten läßt, dann sollten wir gemeinsam dafür sorgen, daß dieser Raum nicht zerschnitten wird, sondern in einem Großkreis wenigstens ein relativ starkes Gewicht hat. Aus diesem Grunde heraus würde auch die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft dazu beitragen, daß bei der Bildung von Großkreisen der ganze Raum Eppingen geschlossen in einen Großkreis kommt.“<sup>4</sup> Der Eppinger Bürgermeister forderte damals schon die Gemeinden des ‚Raumes Eppingen‘ auf, einer Verwaltungsgemeinschaft beizutreten, um durch Geschlossenheit ein gewichtiges Wort bei der zwar umstrittenen, aber dennoch immer schneller näherrückenden Gebiets- und Verwaltungsreform mitreden zu können.

In den meisten kleineren Gemeinden stand jedoch nicht die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft, sondern die eigene Selbstständigkeit im Vordergrund des Handelns. Wohl glaubte man auch, man müsse sich nicht unbedingt zu größeren Einheiten verbinden, um zukünftige Verwaltungsaufgaben ohne Fachpersonal bewältigen zu können.

Das war ein großer Irrtum, und so ging wertvolle Zeit verloren, in der man die Bedingungen für eventuelle Zusammenschlüsse in welcher Form auch immer ohne Hektik hätte diskutieren und aushandeln können.

Nachdem die Gebiets- und Verwaltungsreform nicht mehr aufzuhalten war, stand für die meisten politischen Vertreter des Raumes Eppingen damals außer Frage, sich bei einer Auflösung des Kreises Sinsheim dem Landkreis Heilbronn anschließen zu wollen. Argumentiert wurde, die Dörfer an der Peripherie des Landkreises hätten sich ohnehin weniger nach Sinsheim, Bretten, Karlsruhe oder Heidelberg als nach Heilbronn orientiert.

Die Bevölkerung blieb eher skeptisch, ob die Reform auch den gewünschten Segen bringen werde. Offen sprach man aus, man habe früher am Rande des 'badischen' Kreises Sinsheim gelegen und nun sehe man sich bald an den Rand des 'württembergischen' Kreises Heilbronn gedrängt, zu dem man zwar große wirtschaftliche, jedoch weder traditionelle noch kulturelle Bindungen pflege.

Das politische Gerangel um Erhalt oder Auflösung der Landkreise war groß. Viele sprachen sich für die Reform aus, besonders jene Kreise, deren Bestand als gesichert galt. Letztlich wurde mancher Reformansatz auf dem Altar politischer Interessen geopfert, denn das endgültige Kreisreformgesetz ließ mehr als die Hälfte der Kreise bestehen.

In einer heute kaum nachvollziehbaren Hektik setzte die Landesregierung, teils mit Unterstützung teils trotz erbitterter Gegenwehr, innerhalb von

gerade einmal zwei Jahren die Kreisreform um, die jeden einzelnen ganz konkret betraf und völlig neue Verwaltungsstrukturen schuf.

Am Ende gehörte der Landkreis Sinsheim nicht zu den 35 Kreisen, die bestehen blieben; sein Gebiet wurde mit Inkrafttreten der Kreisreform zum 1. Januar 1973 den Landkreisen Heilbronn, Karlsruhe und dem neuen Rhein-Neckar-Kreis zugeteilt.

Eine Feierstunde im Kreistag setzte den Schlusspunkt. Als ‚Abschiedsgeschenk‘ an die Öffentlichkeit erschien eine Schrift mit dem Titel 'Leistung und Erbe'; darin richtete der Landrat des nun ehemaligen Landkreises Sinsheim, Dr. Paul Herrmann, der lange für den Bestand des Kreises gekämpft hatte, in einer 'Betrachtung zum befohlenen Ende des Kreises Sinsheim im Kraichgau' mahnende Worte an die Verantwortlichen in Gesellschaft und Staat:

„... Wir haben versucht, die Hilflosigkeit des Menschen gegenüber der modernen Umwelt im nachbarschaftlichen Raum durch Orientierungshilfen mannigfacher Art zu bewältigen. Dies ist - und das beweisen die unmenschlichen und schier unregierbaren Großstädte - in Großräumen nicht in gleicher Weise möglich. Der Moloch Stadt und Masse tritt an die Stelle des individuellen Bemühens von vielen Einzelnen. Die Verantwortlichen sind gewarnt!“

Zwei Jahre später erinnerte Dr. Herrmann noch einmal an diese 'Mahnung der letzten Stunde' und betonte: „Die neuen Kreise sind geschaffen worden, um ein rationelleres Arbeiten zu gewährleisten. Sie sollten über alle Vernunft das Herz und die Seele einer Landschaft und ihrer Menschen nicht vergessen!“<sup>5</sup>

### **Die Gemeindereform als zweite Stufe der Verwaltungsreform**

Ein Mangel an ausreichenden Erwerbsgrundlagen und schlechte Wohnverhältnisse galten als die Hauptursache der Abwanderung zahlreicher Menschen aus den Dörfern in die städtischen Verdichtungsräume, die sich in der Wirtschaftswunderzeit Mitte der 1950er-Jahre rasant entwickelt hatten.

Wer auf dem Lande wohnen blieb, für den schien die Zeit eher stehen geblieben zu sein. Ein deutliches Stadt-Land-Gefälle in puncto Arbeitsplätze, Einkaufsmöglichkeiten, kulturelle Angebote, Freizeiteinrichtungen usw... war nicht zu übersehen. Doch die Ansprüche der verbliebenen ländlichen Bevölkerung glichen sich zeitversetzt der städtischen an und waren in den kleineren Dörfern und Gemeinden mit geringer Gewerbe- und Industrieansiedlung schließlich kaum zu befriedigen.

Weder konnten notwendige strukturelle Maßnahmen eingeleitet noch die Finanzkraft aufgebracht werden, um Investitionen in größerem Maßstab für den Ausbau von Ortsstraßen, von Kindergärten, Schulen oder von Sportstätten vorzunehmen.

Nicht einmal die Waren des täglichen Bedarfs waren noch überall zu bekommen. Eine Metzgerei, eine Bäckerei oder ein Lebensmittelgeschäft waren Ende der 1960er-Jahre längst nicht mehr in jedem Dorf vorzufinden.

Stebbach hatte mit der Dorferneuerung einen riesigen Sprung nach vorne getan, seinen Ortskern komplett saniert, die Ortsstraßen vollständig erneuert, einen Kindergarten und ein Rathaus mit Feuerwehrgerätehaus gebaut, den Dorfplatz neu angelegt ... doch eine nennenswerte Ansiedlung von Ladengeschäften oder von Gewerbe- und Industriebetrieben, die Arbeitsplätze geschaffen und Steuergelder in das Gemeindefiskus gespült hätten, war trotz mancher Anreize ausgeblieben.

Stebbach hatte sich zwar zu einer attraktiven Wohngemeinde gemausert, doch es war eine struktur- und finanzschwache Gemeinde geblieben, die über die Jahre der Dorferneuerung ganz am Geldtropf des Landes und des Bundes hing und bei einer geringen Pro-Kopf-Steuerkraftsumme je Einwohner gleichzeitig hoch verschuldet war.<sup>6</sup>

In einer derart ähnlichen, finanziell schwierigen Lage befand sich anfangs der 1970er-Jahre die Mehrzahl der 3400 Gemeinden in Baden-Württemberg. Damit sie anstehende und zukünftige Aufgaben erfüllen konnten, benötigten sie einen Partner, denn ihre eigene Finanzkraft reichte schlichtweg nicht aus, um notwendige Investitionen zu realisieren oder die Lasten einer modernen Infrastruktur zu tragen.

Bedingt durch immer neue Aufgaben und eine zunehmende Spezialisierung entwickelte sich ein wachsender Reformdruck, dem die Landespolitik durch stärkere Konzentration und Schaffung größerer Verwaltungseinheiten auf der untersten kommunalen Ebene begegnen wollte. Neben der Kreisreform sollte daher in einer zweiten Stufe der Verwaltungsreform eine Gemeindereform durchgeführt werden, um die Landgemeinden zu stärken und für ihre Bewohner attraktiver zu machen.

Möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern sollten die gleichen Lebenschancen, Möglichkeiten und Vergünstigungen zuteil werden, auch um den Trend hin zur Stadt aufzuhalten oder gar zu brechen.

Dazu musste man leistungsfähige, mit Fachleuten besetzte Gemeindeverwaltungen aufbauen, die den gewachsenen Ansprüchen und den tatsächlichen Bedürfnissen der Einwohnerschaft gerecht werden konnten.

Die Planung für ein attraktiveres Leben auf dem Land sah vor, kleinere Dörfer unter einer Dachgemeinde zusammenzufassen oder sie in bereits bestehende Gemeinden einzugliedern, damit sie als Teil eines größeren Ganzen anstehende staatliche Aufgaben auf kommunaler Ebene begleitet von Fachpersonal lösungsorientiert bearbeiten konnten.

Letztendlich blieben von den 3400 Gemeinden in Baden-Württemberg nach der Reform noch 1111 Gemeinden übrig, die sich in einem teils freiwilligen teils schmerzhaften Prozess unter Preisgabe eigener Zuständigkeiten und der kommunalen Selbstständigkeit zusammenfinden mussten.

### **Eppingen und Gemmingen bemühen sich um Stebbach**

Bezugnehmend auf das Gesetz über die Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden vom 26. März 1968 und auf der Grundlage des Denkmodells des Innenministeriums erklärte Bürgermeister Rüdiger Peuckert in dem bereits erwähnten Schreiben an die Bürgermeister der umliegenden Gemeinden, die Stadt Eppingen sei bereit, sowohl einen Gemeindeverwaltungsverband als auch eine Verwaltungsgemeinschaft mit seinen Nachbarn einzugehen. Der oberste Grundgedanke sollte dabei die rechtliche und tatsächliche Selbstständigkeit der einzelnen Gemeinde bleiben.

„Wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine gedeihliche und fruchtbringende Zusammenarbeit des Raumes Eppingen zwischen den einzelnen Gemeinden am besten erfolgen kann, wenn auch in der Zukunft die einzelnen Gemeinden selbständig bleiben, jedoch wichtige Aufgaben rein technischer oder büromäßiger Natur in einer Verwaltungsgemeinschaft erfüllt werden. Damit gibt die einzelne Gemeinde weder funktionelle Zuständigkeiten noch Entscheidungsmöglichkeiten auf; sie hat jedoch die Gewähr, daß ihre Entscheidungen und ihr Willen in einem ausreichend besetzten Verwaltungsapparat qualifiziert und schnell erledigt werden. ...“<sup>7</sup>

Die Stadt Eppingen bot im Rahmen einer eventuellen Verwaltungsgemeinschaft an, für ihre Mitglieder folgende Aufgaben zu übernehmen: die Aufgaben des Bauamtes, des Rechnungs- und Kassenwesens, des Grundbuchwesens, der Lohnbuchhaltung und des Standesamtes. ...

Zum 1. Juli 1970 oder zum 1. Januar 1971 könnte - so der Vorschlag aus dem Eppinger Rathaus - die Verwaltungsgemeinschaft gebildet werden.

Obwohl das Eppinger Angebot aus heutiger Sicht durchaus attraktiv erscheint, weil die kommunale Selbstständigkeit erhalten bleiben sollte, nahm kaum eine Gemeinde entsprechende Notiz davon.